



Bericht aus dem Ständerat



Die Frühlingssession 2024



Geschätzte Leserinnen und Leser

Der Newsletter der Zürcher Ständeratsvertretung ist mittlerweile eine geschätzte Tradition. In der neuen Zusammensetzung, Tiana Moser und Daniel Jositsch, möchten wir dies fortsetzen. Einerseits, um Rechenschaft abzulegen, was wir «da oben in Bern» machen. Andererseits, um aufzuzeigen, dass wir uns als Ständevertretung des Kantons Zürich gemeinsam für dessen Interessen einsetzen und dass wir uns als «Team Zürich» verstehen. Und schliesslich möchten wir nicht einfach nur vor den Wahlen mit den Menschen, die uns unterstützt haben, in Kontakt treten, sondern einen regelmässigen Austausch pflegen.

Tiana Moser und Daniel Jositsch

Und wie immer die Sendung zur Session auf Tele Z ab Montag, 18. März 2024:

<https://www.telez.ch/konkret/>

Aufenthaltsstatus gewährleisten nach Fällen häuslicher Gewalt

Wer Opfer häuslicher Gewalt wird, verdient eigentlich den Schutz der Rechtsordnung. Für ausländische Opfer, insbesondere Frauen, ist das aber nicht unbedingt der Fall. Sofern ihr Aufenthaltsstatus, was häufig der Fall ist, an denjenigen ihres Ehemanns gebunden ist, kann es sein, dass eine Anzeige wegen häuslicher Gewalt letztlich zum Verlust des Aufenthaltsstatus in der Schweiz führt. Es zwar schon heute so, dass auch in solchen Fällen Ausnahmeregelungen greifen, aber Gewähr besteht dafür nicht. Das führt dazu, dass Opfer, die sich in einer solchen Situation befinden, übermässig mit Anzeigen zurückhalten, um ihren Aufenthaltsstatus nicht zu verlieren. Auch Opferhilfeorganisationen machen die Betroffenen richtigerweise auf diese Situation aufmerksam. Ein Vorstoss aus dem Nationalrat will diesen Umstand richtigerweise ändern. Es ist uns im Ständerat gelungen, für dieses Anliegen eine Mehrheit zu finden, so dass in Zukunft Opfer häuslicher Gewalt sicher sein können, dass ihr aufenthaltsrechtlicher Status nicht in Gefahr ist, wenn sie den Täter wegen häuslicher Gewalt anzeigen.

<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20210504>.

Daniel Jositsch

Unverständlicher Angriff auf Tempo 30 und Föderalismus

Der Ständerat ist der Hort des Föderalismus – offenbar kommt dieser Grundsatz aber an seine Grenzen, wenn es um Tempo 30 geht. Leider hat die Mehrheit des Ständerats einem Vorstoss von FDP-Nationalrat Schilliger mit dem harmlos klingenden Titel «Hierarchie des Strassennetzes innerorts und ausserorts sichern» zugestimmt. Faktisch hat der Vorstoss aber nur ein Ziel: Es soll Städten und Gemeinden künftig deutlich erschwert werden, Tempo-30-Zonen einzurichten. Ich kann diesen Entscheid nicht nachvollziehen. Tempo 30 muss innerorts auch auf sogenannte «verkehrsorientierten Strassen» möglich sein, wenn die Bevölkerung vor Ort das unterstützt. Ich denke hier einerseits an den Lärmschutz für die Anwohnerinnen und Anwohner, andererseits an die Sicherheit – gerade für Kinder auf dem Schulweg. Zudem bin ich überzeugt, dass diese Frage ein Paradebeispiel für den Vorteil föderaler Entscheide ist: Der Kanton, oder noch besser die Gemeinde, kann die ideale Höchstgeschwindigkeit vor Ort definitiv besser beurteilen als der Bund. Das sah übrigens auch mein Ständeratskollege Daniel Fässler aus dem Kanton Appenzell Innerrhoden so, der mit einem beherzten Votum gegen den Vorstoss argumentierte. Solche aus dem Nationalrat eher ungewohnte Allianzen machen mitunter den Reiz des Ständerats aus.

<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20214516>

Tiana Moser

Rassistisch motivierter Messerangriff in Zürich

«Gouverner c'est prévoir» sollte man meinen. Leider ist das häufig nicht so. Vor bald 17 Jahren haben die damalige Nationalrätin Chantal Galladé und ich darauf aufmerksam gemacht, dass die Strafen im Jugendstrafrecht zu milde sind, was dazu führt, dass ein 15-jähriger Gewalttäter mit maximal 1 Jahr Freiheitsstrafe bestraft werden kann*. Leider wurde das Anliegen damals nicht aufgenommen, respektive weitherum harsch kritisiert. Vor acht Jahren habe ich einen Vorstoss eingereicht, der zum Ziel hatte, unter anderem jüdische Institutionen und Menschen vor terroristischen Angriffen zu schützen**. Bereits damals habe ich auf die erhöhte Gefahrenlage aufmerksam gemacht. Der Vorstoss wurde zwar vom Parlament angenommen, aber die ergriffenen

Massnahmen waren unzureichend. Bereits vor den Angriffen der Hamas am 7. Oktober des vergangenen Jahres haben jüdische Organisationen darauf aufmerksam gemacht, dass ihr Schutz unzureichend ist. Vor wenigen Tagen nun ist das Unfassbare geschehen und ein islamistisch motivierter 15-jähriger Jugendlichen hat einen orthodoxen Juden in Zürich auf offener Strasse mit einem Messer angegriffen und schwer verletzt. Mittlerweile erheben breite Kreise die Forderung, dass ein solcher Täter nicht nur mit einem Jahr Freiheitsstrafe (maximal) bestraft werden kann und der Schutz jüdischer Einrichtungen und Menschen wurde erhöht. Es ist bedauerlich (und es macht mich wütend), dass wir mit unseren Vorstössen richtig gelegen haben, aber diese trotzdem nicht, respektive nur sehr halbherzig, aufgenommen worden sind.

* Artikel in der NZZ: <https://www.nzz.ch/newzzf3o6vjve-12-ld.417185>

** <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20163945>

Daniel Jositsch

Breite Allianz gegen Reederei-Privileg

Zum Ende der Session durfte ich als Sprecherin der Wirtschaftskommission zur sogenannten Tonnagesteuer auf Seeschiffen sprechen. Der Nationalrat will, dass bei Seeschiffen nicht mehr der tatsächlich erwirtschaftete Gewinn, sondern die Ladekapazität die Gewinnsteuer festlegt. Argumentiert wird primär damit, dass verschiedene andere Länder diese Steuer ebenfalls kennen. Wir sind in der Wirtschaftskommission des Ständerats aber klar zum Schluss gekommen, dass diese Regelung nicht zielführend ist. Sie ist verfassungsrechtlich fragwürdig (von einer Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit kann da nicht mehr wirklich gesprochen werden) und sie würde zu schwer vorhersehbaren Steuerausfällen führen. Unter anderem deshalb hat auch Finanzministerin Karin Keller-Sutter klar gegen die Tonnage-Tax argumentiert. Der Ständerat ist der von mir vertretenen Mehrheit der Kommission ebenfalls gefolgt und ist nicht auf das Gesetz eingetreten. Dieses geht nun zurück in den Nationalrat. Als Kommissionssprecherin war es meine Aufgabe nüchtern und sachlich zu bleiben, in diesem Kreis erlaube ich mir aber schon den Hinweis, dass wohl niemand auf die Idee käme, bei natürlichen Personen eine Steuerveranlagung nach Bauchumfang statt nach Einkommen zu machen.

<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20220035>

Tiana Moser